Negative Auswirkungen auf die Förderung der Chancengerechtigkeit an den Schweizer Hochschulen – Factsheet[1] zum Entlastungspaket 2027

Die vom Bund vorgeschlagenen Kürzungen im BFI-Bereich schaden dem Bildungsplatz Schweiz. Es geht dabei um Investitionen für die Gesellschaft mit hoher Relevanz für die Zukunft kommender Generationen. **Die Sparmassnahmen bei Bildung und Forschung verschärfen den Fachkräftemangel, verschärfen die ungleichen Chancen beim Zugang zum Studium und gefährden die Förderung von Gleichstellung, Inklusion und Diversität im Hochschulbereich:** Konkret würden Mittel für die Steigerung des Frauenanteils auf Stufe Professur oder für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung gestrichen. **Durch die Kürzung der Forschungsgelder würde zudem wichtiges Grundlagenwissen fehlen. Die Sparmassnahmen im BFI-Bereich sollten deshalb verhindert werden.**

Reduktion der Grundbeiträge an die Hochschulen und der Forschungsmittel für den SNF

Die vorgeschlagene **signifikante Erhöhung der Studiengebühren** steht im Widerspruch zur Zielsetzung, dass ein Studium aufnehmen kann, wer über das entsprechende Potenzial verfügt. Die Kantone müssten die Stipendien erhöhen, wenn die Chancengerechtigkeit erhalten werden soll.

Die vom Bund vorgesehene **Reduktion des Budgets für den SNF** um 10 Prozent hätte gravierende Auswirkungen auf den Schweizer Forschungsstandort, die akademische Nachwuchsförderung und die Wissensproduktion. Mit Kürzungen etwa im Bereich der Gender Studies würden wissenschaftliche Erkenntnisse dazu gefährdet, wie sich Geschlecht auf Lebensbereiche wie Bildung, Familie, Vereinbarkeit oder Gesundheit auswirkt. **Dieses Grundlagenwissen ist notwendig für die Entwicklung wirksamer Massnahmen zur Behebung von struktureller Diskriminierungen und sozialer Ungleichheiten.**

Streichung der Projektgebundenen Beiträge (PgB) aus dem HFKG

Durch die vorgeschlagene Streichung der PgB würde ein zentrales Instrument aufgegeben, um strategische Themen von gesamtschweizerischer Bedeutung zu setzen und die hochschulübergreifende Zusammenarbeit zu fördern. Dabei ist in den PgB auch die strategische Förderung Gleichstellung, Diversität und Inklusion gesetzlich verankert (Art. 59 Abs. 2 HFKG). **Dieses strategisch wichtige Instrument zur Förderung der Chancengerechtigkeit soll nun gestrichen werden, obwohl die Ziele noch nicht erreicht sind.** Der Anteil der Frauen auf Ebene Professur liegt weiterhin unter einem Drittel und damit unterhalb des Durchschnitts der EU-Mitgliedstaaten. Das BFS konstatiert 2024: „Mit Ausnahme der Studierenden sind Frauen weiterhin in allen Phasen der wissenschaftlichen Laufbahn untervertreten“.

Die Streichung der PgB widerspricht den Zielen der aktuellen BFI-Botschaft 2025-2028, die vom Parlament 2024 verabschiedet wurde, und Chancengerechtigkeit neben Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Open Science und Nachwuchsförderung erneut zu einem prioritären Schwerpunkt von gesamtschweizerischer Bedeutung erklärt hat. Die Reduktion der PgB Beiträge um ¾ für die bereits laufenden Projekte im Programm «Chancengerechtigkeit» steht im krassen Widerspruch dazu, dass das Budget für das Programm 2025-2028 gegenüber demjenigen von 2021-2024 von 5 auf 20 Mio. vervierfacht wurde!

Werden die PgB aus dem HFKG gestrichen, dann fehlt das Geld, um konkrete Massnahmen umzusetzen, die in folgenden Bereichen vorgesehen sind: Erhöhung des Anteils Professorinnen und von Frauen in Leitungspositionen; Massnahmen zur Unterstützung von «First Generation» Studierenden; Ausbau der Prävention von sexueller Belästigung und Diskriminierung; Förderung der Barrierefreiheit in Studium, Lehre und Forschung; Projekte zur Verringerung von Benachteiligung und Ungleichbehandlung in Bildung und Berufswahl.

Mit den Sparmassnahmen im BFI-Bereich wird der Bund das Ziel der Gleichstellungsstrategie 2030 – «Erhöhung des Frauenanteils in Lehre und Forschung und insbesondere in Führungspositionen und Entscheidungsgremien von Hochschulen» - nicht erreichen.

Auch der in der BFI-Botschaft formulierte Anspruch, dass in allen BFI-Bereichen Anstrengungen zur Verringerung von Benachteiligung und Ungleichbehandlung fortsetzten werden, wird durch die Sparmassnahmen ausgehebelt.

Ohne Angabe von inhaltlichen Gründen würde damit ein mehrjähriger hochschulpolitischer Prozess gestoppt, in dem zahlreiche vom Bund geförderte Gremien und Institutionen Programme entwickelt und aufgrund gut informierter Entscheidungen in Auftrag gegeben haben.

---

[1] Dieses Factsheet fasst die zentralen Punkte aus der ausführlichen Stellungnahme zum Entlastungspaket 2027 von Expert:innen aus Lehre, Forschung und Praxis zu Gleichstellung, Gender und Diversität zusammen.
Kontakt: Dr. Fleur Weibel, Geschäftsleiterin Think Tank Gender & Diversity